

# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint  
täglich,  
Vormittags 11 Uhr,  
mit Ausnahme der Sonn-  
und Festtage.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
1 Sht. Preuß. Cour.

Expedition:  
Krautmarkt No 1055.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Essenhart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. G. C. Essenhart.

No. 199. Donnerstag, den 5. Oktober 1848.

## Deutschland.

Berlin. (Sitzung der Versammlung am 3. Oktober). Präsident Gra-  
bow eröffnet die Sitzung um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr. — Das von Schulz (Wanz-  
leben) in der Sitzung vom 30. v. Mts. gestellte Amendement zu dem  
Gesetzentwurf der Central-Kommission, betreffend die Einstellung der  
schwebenden Verhandlungen behufs Regulirung der gutherrlich-bäuerlichen  
Verhältnisse, wird der veränderten Geschäftsordnung gemäß jetzt, nachdem  
es gedruckt worden, nochmals zur Abstimmung gebracht. Es wird mit 172  
gegen 151 Stimmen angenommen, und der ganze Gesetzentwurf sodann  
an die Centralabtheilung zur nochmaligen Prüfung und demnächstigen Vor-  
legung an die Versammlung verwiesen. — Robbertus stellt folgenden  
bringenden Antrag: „Hohe Versammlung wolle erklären: daß sie mit Be-  
zug auf das Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für  
Deutschland vom 28. Juni d. J. die Ueberzeugung von Sr. Majestät  
Regierung hegen wolle, daß dieselbe zur Ausführung aller Beschlüsse der  
provisorischen Centralgewalt und der deutschen Nationalversammlung in  
den neu drohenden Verwickelungen der dänischen Frage pflichtmäßig und  
kräftigst betragen werden.“ Riedel spricht gegen die Dringlichkeit: Wir  
sollen eine Erklärung abgeben, aus der Konsequenzen gezogen werden kön-  
nen ohne daß eine Veranlassung dazu vorliegt. Die Centralgewalt und  
die Frankfurter Nationalversammlung zweifelt gar nicht an der Bereit-  
willigkeit Preußens. Eben so wenig haben wir Grund zu einem Miß-  
trauen gegen das Ministerium. Wenn der Abgeordnete Robbertus Zwei-  
fel setzt in die Gesinnung des Ministeriums oder der Versammlung, so ist  
das für uns kein Grund, Erklärungen abzugeben. (Unruhe.) v. Berg:  
Ich will dem Redner nicht nachgeben in die Irrgänge seiner Deduktionen,  
und eben so wenig in seine Persönlichkeiten. Preußen ist vielfach verdäch-  
tigt worden; diese Verdächtigungen abzuweisen, ist Zweck des Antrags.  
Wer ihn nicht für dringlich hält, von dem weiß ich nicht, ob er den Ver-  
handlungen der letzten Zeit nicht hat folgen können oder wollen. (Bravo.)  
Die Dringlichkeit wird beschloffen. Robbertus: Sie kennen die Auf-  
regung, die der Waffenstillstand in den Herzogthümern hervorrief. Die  
Landesversammlung erklärte sich permanent, nahm eine Verfassung an,  
welche an sich schon die Ausführung des Vertrages unmöglich machte. Die  
Nothwendigkeit, ja die Wahrscheinlichkeit einer Modifikation des Vertrages,  
machte sich auch sofort in den Herzogthümern geltend, und zwar auf Ver-  
anlassung der preussischen Diplomatie des Generals Wrangel und des  
Ministers Camphausen. In dieser Lage gelangte die Waffenstillstandsfrage  
an die deutsche Nationalversammlung, und sie genehmigte den Vertrag  
unter Voraussetzung der Modifikationen. Plötzlich erfolgte aber das Rund-  
schreiben der dänischen Regierung an die auswärtigen Mächte, und der  
Graf Moltke erschien in den Herzogthümern mit zwei Personen, die no-  
torisch nicht das öffentliche Vertrauen genießen. Durch die Energie der  
provisorischen Regierung und des Generals Bonin ist zwar das Auftreten  
der Immediat-Kommission in den Herzogthümern verhindert worden. Die  
Sache liegt aber so, daß der Waffenstillstand nicht ausgeführt werden kann,  
daß die dänische Regierung ihn selbst gebrochen hat. Ich für meine Per-  
son glaube nun von der preussischen Diplomatie nicht, daß sie irgend  
etwas gethan hat, um Erwartungen zu erregen, zu denen die dänische Re-  
gierung keine Veranlassung gegeben hat. Ich glaube auch, daß unsere  
Regierung das Interesse der Herzogthümer wahren wird; ich weiß, daß  
sie jetzt deshalb unterhandelt. Aber es fragt sich, was wir zu thun haben?  
Die beantragte Erklärung präjudizirt den Unterhandlungen nicht, bezieht  
sich nicht auf die Vergangenheit, nur auf die Zukunft; sie soll die Inte-  
grität des Gesetzes vom 28. Juni sichern. Und wenn schon dieses Gesetz  
die Uebereinstimmung zwischen der Centralgewalt und Preußen fordert, die  
faktischen Umstände fordern sie noch viel mehr. Die Centralgewalt kann  
jetzt keinen Beschluß fassen, der nicht zugleich im Interesse der Herzog-  
thümer und in dem Preußens liegt. Die Umstände liegen eben so, daß  
die Centralgewalt und Preußen Hand in Hand gehen müssen. —  
Der Minister des Auswärtigen: Die Regierung hat von Anfang an  
im engsten Einvernehmen mit der deutschen Centralgewalt gestanden in  
allen Fragen. Die preussischen Truppen haben nicht blos in Schleswig,  
auch in Frankfurt für Deutschland gekämpft. Die Regierung wird in die-  
sem Sinne fortfahren. Das Interesse der Centralgewalt und Preußens  
gehen eben so eng zusammen, daß wir das Interesse Preußens gefährden  
würden, wenn wir von der Centralgewalt abwichen. Wenn es aber eine  
Frage giebt, wo jetzt Beide Interessen vor Allem zusammenfallen, ist es die  
dänische. Wir haben die größten Opfer dafür gebracht, und werden damit  
fortfahren. In diesem Augenblick sind wir in Verbindung mit der Central-  
gewalt im Begriff, die nöthigen Modifikationen des Vertrags zu unter-  
handeln. Ich werde die Ehre haben, noch mehr Papiere, als geschehen,

auf das Bureau niederzulegen, damit Sie ersehen können, wie sehr wir  
das Einvernehmen mit der Centralgewalt bewahren. (Bravo.) Hahn und  
Reichen sperger stellen folgende motivirte Tagesordnung: „indem die  
Versammlung die Erklärungen des Ministeriums entgegennimmt, und die  
feste Ueberzeugung ausspricht, daß die Regierung sich unumwunden der  
deutschen Einheit anschließen wird, geht sie zur Tagesordnung über.“ —  
Bei namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf motivirte Tagesord-  
nung mit 181 gegen 137 Stimmen verworfen (11 enthalten sich der Ab-  
stimmung, 73 fehlen.) Mit Ja stimmen von Auerwald, Geheimer Rath  
Jonas. Mit Nein: v. Berg, Riobassa, Zachariae, v. Kirchmann. Die  
polnischen Abgeordneten enthalten sich der Abstimmung, darunter v. Esfeldt  
mit der Erklärung, daß er, der kein Deutscher sei, in einer Sache, die  
nur Deutschland angehe, nicht mitstimmen könne. Der von Robbertus  
gestellte Antrag wird mit 275 gegen 17 Stimmen angenommen. (Unter  
den mit Nein stimmenden befindet sich auch Abgeordneter Milde.) Es fehl-  
ten 100. Der Minister-Präsident v. Pfuel: Meine Herren! Es gereicht  
mir zur Genugthuung Ihnen hier mittheilen zu können, daß der Belage-  
rungszustand in Köln, wie eine thelegraphische Depesche mir so eben mit-  
theilt, aufgehoben ist. (Bravo!) (Schluß 2 Uhr.)

Die deutsche Zeitung schreibt aus Berlin vom 26ten September  
Abends: „Im Sinne des Stein'schen Antrags, ohne Rücksicht auf das  
Wanzleben'sche Amendement hat das neue Ministerium Pfuel zum allge-  
meinen Erstaunen einen ganz vortrefflichen Erlaß an die Armee zur Aus-  
führung gebracht. Die beiden Centren und die Rechte erklärten ihre volle  
Zustimmung, ohne deshalb den Personen, welche das neue Cabinet bilden,  
ein besondres Vertrauen zu votiren. Die äußerste Linke, in deren Reihen,  
als Pfuel den Erlaß als Antwort auf eine Interpellation vorsehen, Ver-  
feinerung Anfangs herrschte, war gescheit genug, sich nicht wieder, wie  
jetzt namentlich bei dem Blom-Berg'schen Antrag in Betreff Frankfurts  
auf eklatante Weise geschehen, von der gesammten übrigen Versammlung  
zu isoliren, und acceptirte den Erlaß als Erfüllung ihrer Anträge. Die  
zum Vorschlagen reife Revolte mußte abgestellt werden. Die citirten Ka-  
nalarbeiter konnten Abends nur mit Mühe zurückgeschickt werden. Wäh-  
rend der Sitzung ließen nur wenige Mitglieder der äußersten Linken, na-  
türlich außerhalb des Konzertsaales, ihrem Unmuth, ihrer Galle freien Lauf.  
Vor dem Schauspielhause drängten sich die Massen. Abgeordn. Schramm  
(der Präsident des demokratischen Klubs) redete unter ihnen. Der Abg.  
stellte den neuen Ministerpräsidenten mit — Schinderhannes (wörtlich!)  
zusammen und forderte auf, „wenn die „Kerls“ herunterkämen“, d. h.  
die Minister (nicht die Mitglieder der Partei Schramm), zu schreien:  
„Abdanken!“ Die Politik der Partei ist nun, wie die heutige Zeitungs-  
halle lehrt, folgende: Sie betrachten den Erlaß an das Heer als einen  
Akt des Gehorsams, als eine Präjudiz für die Souveränität der Kammer.  
Ein solches Präjudiz hätte die Linke gesucht, der Antrag auf solchen Ar-  
meebefehl war ein erwünschter Anlaß. Die Versammlung stellte am 7.  
September das Verfassungsprinzip auf, die Regierung sei verpflichtet, der-  
artige Beschlüsse unweigerlich auszuführen. Das Ministerium Auerwald  
trat ab. Und jetzt fuhr das Ministerium Pfuel jenen verurtheilten Beschluß  
dennoch aus. Folglich erkennt es seine „Verpflichtung“, erkennt es die  
Souveränität der Versammlung an. So lautet der Kalkül der Zeitungs-  
halle. Vortrefflich. Dennoch ist die Rechnung ohne den Wirth gemacht.  
Das Dilemma, entweder in Widerspruch mit der Versammlung den Erlaß  
zu verweigern, aus welchem Grunde das frühere Cabinet das Vertrauen  
eingebüßt, oder den Erlaß als Zeichen der Anerkennung für die Souverä-  
nität zu geben, dieses Dilemma bestand, doch bestand es nur vom 7. bis  
10. September. Am 10. September hat es aufgehört. Gegen das Prin-  
cip der Verpflichtung gebrauchte der König sein Veto. Dieses Veto machte  
dem Ministerium Pfuel erst möglich, den Erlaß an das Heer auszuführen.  
Allen Sophismen zum Trotz hat jetzt die Versammlung einen Erlaß an  
das Heer nach ihrem Sinne. Dagegen ein Präjudiz für ihre Souverä-  
nität hat sie nicht gewonnen. Dem beugte das königliche Veto vor. Die  
Minister thaten der Versammlung ihren Willen, aber deshalb weil dieser  
mutatis mutandis vernünftig und gerecht war, und weil das Cabinet im  
Hinblick darauf gebildet sein mußte, nicht, weil die Regierung verpflichtet  
ist, zu gehorchen, wenn die Versammlung befiehlt. Die äußerste Linke mag  
das Unterfutter des Erlasses herauskehren; es hilft ihr kein Drehen und  
Deuten. Im Sinne des Beschlusses vom 9. August ist gehandelt, im Sinne  
des Beschlusses vom 7. September nicht. Ein Präjudiz für die Souverä-  
nität der Versammlung ist nicht erlangt.

Berlin, 3. Oktober. In einer früheren Nummer dieser Blätter ist  
von Fehlern geredet worden, welche Preußen, der sich gestaltenden deutschen  
Einheit gegenüber, vielleicht verschuldet hat; eben daselbst aber ist bereits  
angedeutet, daß auch auf der andern Seite Fehler begangen worden sind

und noch begangen werden, Fehler, so bedeutend, daß, werden sie nicht bald gehoben, eben dem ganzen Werke der Vereinigung die Vereitelung droht. Unter diesen Fehlern nun ist unseres Erachtens der erheblichste der, daß sich die Frankfurter Versammlung nicht vor allem Anderen darüber Gewißheit verschafft, ob und wie weit denn Oesterreich sich der deutschen Einheit in Wahrheit anschließen will und kann? Die österreichischen Deputirten haben, wenn auch nur hinter der Couleisse, bereits erklärt, es könnten die österreichischen Erblande der Zollvereinigung nicht beitreten. Es war dies voranzufehen; denn das österreichische Zollsystem ist darauf berechnet, den Ungarn, die sonst keine Steuer zahlen mögen, eine Ausgangssteuer ihrer Produkte abzunehmen, welche Steuer, träte Oesterreich dem Zollvereine bei, der allgemeinen Zollvereinsache zu Gute kommen, der österreichischen aber entgehen würde. Falls daher nicht, woran indessen sehr zu zweifeln ist, die Ungarn so gefällig sein werden, diese Differenz dadurch auszugleichen, daß sie sich eine andere Steuer auflegen, kann Oesterreich der Zollvereinigung gar nicht beitreten, was denn sogleich die in Frankfurt bis jetzt angestrebte absolute Einheit zu einer bloß partiellularen macht. Oesterreich kann aber auch mit seiner Militairmacht der deutschen Sache nicht anders als der Form nach beitreten. Alsdann aber fragt man billig, wo bleibt denn die deutsche Einheit? Dieselbe besteht doch nicht etwa darin, die übrigen deutschen Staaten zu Gunsten Oesterreichs zu mediatisiren? Und was thun denn die österreichischen Deputirten noch in Frankfurt, was stimmen sie noch über alle deutschen Fragen mit? und will man vielleicht warten, bis die böhmischen Deputirten eintreffen, welche, wenn sie überhaupt eintreffen, aus Slaven bestehen werden und erklärmaßen gegen die Interessen Deutschlands stimmen, also die Auflösung Deutschlands herbeiführen werden, nicht aber seine Vereinigung? Alles dies ist so klar, daß man kaum begreift, wie die in Frankfurt tagende Versammlung gegen diese Schwierigkeiten muthwillig die Augen verschließt und ihre Zeit mit den von ihr sogenannten Grundrechten, die in Wahrheit nur die Spitzen abstrakter Epizindigkeiten sind, verliert, statt vor allen Dingen zu dem Gebäude, welches sie aufzuführen will, den Baugrund abzumessen und sich zu überzeugen, wie weit Oesterreich mit zu demselben gehören wird. In dieser Beziehung wäre namentlich festzustellen: 1) ob Oesterreich dem Zollvereine beitreten, 2) seine deutschen Truppen in Deutschland lassen und ohne Genehmigung der Centralgewalt nicht außerhalb Deutschlands anwenden, 3) ob es sich ohne Vorbehalt (eventualiter anter welchem?) den Beschlüssen der Centralgewalt unterwerfen will? Dabei möge sich die Frankfurter Versammlung keine Illusionen über ihre Omnipotenz machen, sondern sich prosaisch eingestehen, daß ihr hier die Macht zu zwingen fehlt, daß sie sich also einfach darauf beschränken muß, Oesterreich über das, was dasselbe hier will oder nicht will, zu befragen. Allein eben deswegen stellte sie, beziehungsweise stellte einer ihrer Abgeordneten, aus Gründen der dringendsten Dringlichkeit, diese Frage: Je nachdem alsdann die Antwort so oder so ausfallen wird, wird sich ja auch das Werk der Vereinigung anders gestalten. (R. Jr. 3.)

Man hätte geneigt sein dürfen, die Nachricht, der zurückgetretene Minister Milde werde als Generaldirektor der preussischen Eisenbahnen eine Stellung erhalten, für eins jener vielen unbegründeten Tagesgerüchte zu halten. Allein das Faktum scheint sich zu bestätigen. Wie diese Maßnahme, die eine ganz neue Stelle schafft, deren Nothwendigkeit bei der bisher bestehenden Einrichtung in keiner Weise einleuchtet, und wodurch eine neue, so bedeutende Ausgabe auf den Etat gebracht wird, — wie diese Maßnahme zu rechtfertigen sein wird, darauf darf man in der That gespannt sein. Und um so mehr, als schon die anderen Stellen der früheren Minister zum Theil sehr begründeten Einwendungen unterliegen. Hat man früher über büreaukratische Mißbräuche geklagt, so sind dies wahrscheinlich keine Abstellungen derselben.

Unsere Straßen boten gestern zwei Maueranschläge aus Stettin, einen vom dortigen Volksverein, den andern vom konstitutionellen Verein, und beide an das Volk von Berlin gerichtet. Beide hatten die Absicht, die Berliner über die dortige Stimmung aufzuklären, obwohl sie dabei von verschiedenen Gesichtspunkten auszugehen schienen. Der Volksverein votirte den Berlinern für ihre gesinnungsrüchtige Haltung in den Septembertagen gegen die Bestrebungen einer freiheitsfeindlichen Partei die dankende Erklärung, „daß sie sich sehr um das Vaterland verdient gemacht hätten.“ Der konstitutionelle Klub erklärte, daß man in Stettin Feind aller Reaktion, aber auch eben so sehr aller demokratischen Wuhlerien sei, daß nur für die volle konstitutionelle Freiheit das Hurrah der Bürgerwehr ertöne, und daß man nicht jenes Joch wolle, welches die Demokraten den Frankfurter Abgeordneten zugebracht gehabt hätten.

Die Klage vieler Abgeordneten über die Unverschämtheit des Volksaufens, der sich am Freitag und Montag vor dem Schauspielhause aufgestellt hatte, sind nicht unbegründet. Einige tausend halb und ganz betrunkene Arbeiter füllten den Raum und ließen die herankommenden Abgeordneten durch eine enge Gasse passieren, die sie gebildet hatten. Die Abgeordneten der Linken wurden mit Hurrah's empfangen, die der Rechten aber hörten die unwürdigsten Schmähungen und Drohungen, welche besonders auf einige bekannte Herren, wie Baumstark, Reichensperger, Ritz, Leo u. s. w., hageldicht fielen, die mit Hohngeächter über den ganzen Platz begleitet wurden. Man weiß, daß es den Tories in England nicht besser geht und selbst der Herzog von Wellington oft schlecht genug fort gekommen ist; indeß schreien die Abgeordneten der Rechten über Einschüchterung und verlangen Schutz, um wenigstens aus dem Hause zu kommen. Der Minister des Innern hat daher die Anordnung getroffen, daß jetzt von den Constablern der Raum vor dem Hause frei gehalten wird. (H. C.)

Düsseldorf, 25. September. Vorgestern ist der hiesige republikanische Klub zum allgemeinen Spott und Gelächter geworden, indem zwei Sackträger, Namen Webedind und Mez, die ganze Versammlung, als sie eben eine Dankadresse an die Frankfurter Barrikadenhelden votirte, mit Knüppeln aus dem Hause herausgetrieben haben. In Folge dieses Vorfalles ereigneten sich heute unter der ehrenwerthen Junft der Sackträger verschiedene Prügeleien am hellen Tage und auf offener Straße, in Gegenwart der Gräfin von Haxfeld, einer Hauptführerin jenes Klubs, welche jedoch keine weitere Aufregung in der Stadt veranlaßten. (B. 3.)

München, 26. Sept. Unser König hat seine Zeit erkannt, er rüstet sein Heer für die schweren Kampftage, die uns unabwieslich bevorstehen und immer näher rücken. Doch nicht von den Fanatikern in Frankfurt und Wraach droht uns die wahre Gefahr, es ist die Scheelsucht des Auslandes, die wir zu fürchten haben, und die nimmermehr unsere Einigung ohne Widerstand dulden wird. Man hat endlich in Baiern den Weg unweiser

Sparsamkeit verlassen, die in den Tagen, wo man die Selbstständigkeit zu retten hat, nur mit dem Verlusste der Ehre und der Macht erkaufte wird. Das Heer ist auf einen achtbaren Stand gesetzt. Die vorreffliche Artillerie wurde um ein Regiment mit reitender Bedienung vermehrt, spät zwar, aber nicht zu spät. Der jetzige Kriegsminister, selbst ausgezeichnet in dieser Waffe, hat sie der ersten Europa's gleichgestellt. Die Infanterie ist auf 52 Bataillone gesetzt und soll noch mit den vierten, den sogenannten Nationalfeldbataillonen, vermehrt werden, wodurch unser Kontingent die bundespflichtige Höhe von 90,000 Streitern erhält. (A. 3.)

Karlsruhe, 29. Septbr. Es soll gegen Struve nicht, wie schon berichtet worden, standrechtlich verfahren werden. Was offenkundig da liegt, soll erst noch durch eine lange Untersuchung und durch Zeugen erhärtet werden! So wird Struve noch die Martern eines längern Prozesses zu ertragen haben, wonach er sich das Ansehen geben kann, als Märtyrer zu sterben. Etwas Gutes ist aber dennoch schon erreicht. Was alle Belehrung, was die eindringlichsten Ermahnungen unserer bessern Tagesblätter nicht vermochten, das hat der Aufstand in zwei Tagen bewirkt. Unserm Volke sind plötzlich die Schuppen von den Augen gefallen; die Bürger haben die rothe Republik mit ihrem scheußlichen Gefolge von Plünderung, Brand und Mord in ihrer wahren Gestalt gesehen, Das Heilmittel war zwar bitter, aber es hat geholfen. Nun wissen unsere Leute mit einem Male, wo die Reaktion ihren Sitz hat. (D.-V.-A. 3.)

Ueber die Gefangennahme Struve's u. s. w. berichtet die „Schweizerische National-Zeitung.“ „Struve kam mit einigen Andern und seiner Gemahlin von Schopfheim, schlecht als Bauer gekleidet, und stieg in der Krone zu Währ ab, um Erfrischung zu nehmen. Zwei Mann ritten ihm von Schopfheim auf der Straße nach. Struve hatte aber Umwege gemacht, davon zeugte sein und seiner Frau Anzug, der bedeutend mit Koth überzogen war. Diese zwei Männer fragten, ob nicht Struve in Währ sei, was bejaht wurde, da ihn ein heurlaubter Soldat in Rheinfelden kennen gelernt hatte. Es kamen noch Andere und erklärten Herrn Struve kurz: „Ihr seid verhaftet!“ Er zog die Pistole; allein die vorgehaltenen Gewehre belehrten ihn eines Andern. Die Frau verwendete sich bei diesen „Leopoldsdienern,“ allein es fruchtete nichts. Das Haus wurde umstellt und streng bewacht, hierauf nach Säckingen Bericht erstattet. Dem Oberamtmann war es natürlich erwünscht, Herrn Struve wieder zu erhalten und im Bezirke zu verhaften, wo er ihn vor ein paar Monaten freigegeben; so fanden sich denn in Säckingen gleich Freiwillige genug, welche mitzogen und Struve wetter in Verwahr führten. — In Säckingen sind viele gefangene Republikaner, darunter ein Italiener, ein Berliner und andere Deutsche. Sie sind zusammen gefangen worden, wie s. 3. die Schweizer-Freischärler von Luzern. Die meisten hatten keinen Ausweg mehr gefunden. Da die Brücke in Säckingen und Rheinfelden, sowie alle Fahrten über den Rhein bewacht wurden, so konnten diesmal nicht so viele Flüchtlinge in die Schweiz entkommen. Es war wirklich sonderbar, zu sehen, mit welcher Hast die flüchtenden Republikaner von ihren eigenen Landsleuten eingefangen wurden. Jetzt flucht Alles über Struve. Dagegen soll seine Frau erklärt haben, Alles wolle sie ausstehen, wenn sie nur das Schicksal ihres Mannes theilen könne. Doch zogen beide das Gefängnis in Säckingen dem in Schopfheim vor, worin ihnen aber nicht willfahrt wurde. Ob sie einen Rettungstern in der nahen Schweizer-Grenze wähten?“

Darmstadt, 30. September. Criminalrichter Brill von hier und Landgerichts-Meffor Schaum von Umstadt haben es mit Genehmigung der diesseitigen Staatsregierung übernommen, bei der Untersuchung der bekannten Vorfälle in Frankfurt, Ersterer als Dirigent, mitzuwirken. — Gestern reiste der Reichskommissar Graf v. Keller, aus dem badischen Oberlande kommend, hier durch nach Frankfurt. Auf Befehl des Reichskriegsministeriums werden noch immer Truppen nach dem südlichen Baden befördert. Gestern transportirte die Main-Neckar-Eisenbahn ein Regiment Württemberger hier vorüber, Letztere nicht nach ihrer Heimath bestimmt. Heute folgt Artillerie. Da nun der Aufstand im Oberlande gänzlich beendet ist und durchaus keine Truppen mehr in Anspruch nimmt, so ergiebt sich von selbst der Schluß (und wir sind darin durch verlässliche Mittheilung bestätigt), daß das Benehmen der Schweiz die deutsche Centralgewalt zu energischen Maßregeln, d. h. zu einer Besetzung der Grenze veranlaßt, und daß die Mission des Herrn Raveaux darin keine Aenderung herbeigeführt haben mag. — Gerüchte, die sich in unserm Ddenwalde verbreiten, prophezeien einen Schlag auf den 3. oder 4. Oktober in Miltenberg und dortiger Umgebung. — Gestern kam ein nassauisches Bataillon, 600 Mann stark, nach Viernheim in Quartier. (Dfr. 3.)

Frankfurt, 29. Sept. (Amtlich.) Das Reichsgesetzblatt vom 29. September enthält:

Gesetz, betreffend die Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Centralgewalt.

Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichs-Versammlung vom 23. Sept. 1848, verkündet als Gesetz: Art. 1. Die Verkündigung der Reichsgesetze geschieht durch den Reichsverweser. Er vollzieht dieselbe durch die Reichsminister. Art. 2. Der betreffende Minister macht das Gesetz durch Abdruck in dem Reichsgesetzblatte bekannt und theilt es zugleich den Einzelregierungen zum Zwecke der örtlichen Veröffentlichung mit. Art. 3. Die verbindende Kraft eines Gesetzes beginnt — falls es nicht selbst einen andern Zeitpunkt feststellt — für ganz Deutschland mit dem zwanzigsten Tage nach dem Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Reichsgesetzblattes in Frankfurt ausgegeben wird. Der Tag der Herausgabe in Frankfurt wird auf dem Blatte angegeben. Art. 4. Das Reichsgesetzblatt ist auch das amtliche Organ zur Veröffentlichung der Vollziehungs-Verordnungen der provisorischen Centralgewalt. Frankfurt, 27. Sept. 1848. Der Reichsverweser: Erzherzog Johann. Die Reichsminister: Schmerling. Peucker. v. Bekerath. Dackiw. N. Mohl.

Frankfurt a. M., 30. September. Der Belagerungszustand der Stadt wird von der gutgesinnten Mehrzahl ihrer Bewohner als wahre Wohlthat angesehen, da man weiß, welch entsetzliches Schicksal den blühenden Ort betroffen haben würde, wenn das Reichsministerium nicht so energische Maßregeln zum Schutz von Leben, Freiheit und Eigenthum der Bürger ergriffen hätte. Auf gleiche Weise spricht sich in der Umgegend lauter Dank für das aus, was die Centralgewalt zur Wiederbeseftigung der unterwühlten Ordnung gethan hat; und, wie wir von verschiedenen Seiten erfahren, äußert sich diese Zufriedenheit des endlich aus seinem Taumel zur ruhigen Besinnung zurückkehrenden Volkes auch in der gaffli-

den Aufnahme, welche die fliegenden Corps der Reichstruppen selbst an den Orten finden, wo die radikale Partei feste Burgen zu besitzen wähnte. Das Vaterland wird es daher als den rühmlichsten Anfang der Wirksamkeit des Reichsverwesers bezeichnen, daß er mit starker Hand die Elemente ergreift und schirmt, ohne welche alle Hoffnung des Völkerfrühlings vergeblich und schirmt, nach der wir ringen, ihrer ersten Lebensbedürfnissen und die Freiheit, nach der wir ringen, ihrer ersten Lebensbedürfnissen herabtauchen beraubt sein würde. Für das kräftige Einschreiten und die mit Umsicht gepaarte Entschlossenheit des Reichsministeriums giebt es aber kein größeres Lob als den Haß, welchen die Fraktion der äußersten Linken in der Nationalversammlung gegen dasselbe hegt und bei jeder Gelegenheit äußert. Indeß versehen wir uns, um gerecht zu sein, auf den Standpunkt dieser Leute, der, wie Vogt selber sagt, „eigentlich kein Standpunkt“ ist. Sie haben Grund genug, sich zu erböhen, denn es ist wirklich nichts Geringes, so plötzlich von der Höhe mühsam aufgethürmter Erwartungen in die Tiefe schrecklicher Enttäuschung hinabgestürzt und fallend der Larve beraubt zu werden, unter welcher es sich so bequem vor dem gutgläubigen Volke von Freiheit und Wohlergehen liegen und Bestand und Herz der Menge sich verderben ließ. — Alles war so ganz nach Wunsch gegangen; Zucht und Sitte nahen schon der Auflösung; das Gesez schien endlich mit den unterminirten Säulen der Staatsverfassung einzustürzen zu wollen; die Religion glaubte man unter den Trümmern begraben zu können; was dem Nationalcharakter Edles eigen war, suchte der flachste Kosmopolitismus geschäftig fortzuschwemmen; kommunistischer Wahnsinn wurde in den Gemüthern angefaßt, als untergeschobener Ersatz für allmählig erstirbte edle Begeisterung und für glücklich weggestohlene Treue und Biederkeit; die Freiheit der Presse und der bildlichen Sprache mußten dazu dienen, eine letzte Scheu vor dem Erhabenen auszutilgen, während die demokratischen Vereine endlich das innerlich entwaffnete Volk enger und immer enger umgarneten; — genug, Alles war sorgsam vorbereitet, um die Nation in Grund und Boden zu verderben und sie dann dem Auslande als leichte Beute vorzuwerfen; man schweigte schon in Vorausicht der Gräuel, die da kommen sollten und theilte in Gedanken den Nachlaß des gegenseitig sich hinschlachtenden Volks; und nun erscheint solch ein eben durch Ränke gestärktes Reichsministerium wie ein Scheintödter aus seinem Grabe, wirft die Bande von den Gliedern und reißt mit gewaltigem Arm die Barrikaden ein, welche unsere „Volksmänner“ als letzte Sprosse ihrer Leiter zur blutigsten Tyrannei angesehen hatten! Gesehen wir also zu, daß die radikale Partei das Reichsministerium, welches unseren Dank verdient, nothwendig verunglimpfen muß, und machen wir uns auf noch gröblichere Ausfälle der Wähler gefaßt, wenn sich die Wirkung der wichtigsten Dokumente zu zeigen anfängt, in deren Besitz das Ministerium seit dem Struve'schen Aufstande gelangt ist. Auch sind bereits Einige von den Mördern der beiden Abgeordneten ergriffen; vielleicht daß durch Bekenntnisse derselben die Stimmung der Radikalen dann noch um Vieles bitterer wird.

(N. B. 3.)  
— In der Mainzer Zeitung widerlegt Ziß die über ihn verbreiteten Gerüchte und erklärt seinen Wählern vollkommenen Rechenschaft ablegen und im Falle der Mißbilligung sein Mandat augenblicklich niederlegen zu wollen.

## Oesterreich.

Wien, 28. Septbr. Die Abdankung des Palatins ist, wie ich aus besserer Quelle versichern kann, von dem Könige angenommen worden. Graf Malath ist provisorisch mit den Palatinsfunktionen betraut worden. Alle kaiserlichen Truppen in Ungarn sind von dem Kaiser unter den Befehl des Grafen Lamberg gestellt, welcher beauftragt ist, die Pacification Ungarns zu bewerkstelligen und überall Waffenstillstand zu schließen. Jetzt kann kein Zweifel mehr herrschen, daß man sich mit dem Ban vereinbart hat. Die Absicht des Kaisers ist übrigens, die Rechte der Nationalitäten zu achten. Ein Manifest, von ihm unterzeichnet, geht noch heute nach Ungarn ab. Erzherzog Stephan wird sich, wie es heißt, auf ein Jahr von allen Staatsgeschäften zurückziehen. Man versichert mich aus glaubwürdiger Quelle, daß in Pest eine Revolution zu Gunsten der Dynastie ausgebrochen, das Ministerium gestürzt, und der Reichstag aufgehoben sei.

(N.-P.-A.=3.)

Pesth, 28. September. Gestern Abend kam Kossuth von Reeskemet zurück und veröffentlichte in der Sitzung, es sei ihm gelungen, in 2 Tagen 12,000 Menschen ins Lager zu schicken. Er spreche nicht viel, weil jetzt die Zeit der That angekommen sei. L. Madarasz sprach über das Königl. Reskript, nannte es ungültig und ungesetzlich und forderte Kossuth auf, dies zu formuliren. Kossuth that dies, nachdem das Haus die Motion mit allgemeinem Beifall angenommen hatte. Die Sitzung war um halb 12 Uhr zu Ende. Der Beschluß der gestrigen Sitzung lautet:

„Vor dem Beschluß wird der 3te Artikel (S. 3) des 1848er Gesezes erwähnt, worin Ferdinand I. und der V. den heiligen Eid geleistet, ohne Kontrassignirung eines ungarischen verantwortlichen Ministeriums keine Er-nennungen, Befehle oder Verordnungen zu erlassen. Gemäß dieses Gesezes sind alle derlei Verordnungen, Befehle und Ernennungen Sr. Majestät des Königs, die von einem in Buda-Pest residirenden Minister nicht Kontrassignirt sind, ungültig, welchen ungültigen Verordnungen zu gehorchen eine Verletzung der Konstitution und der Geseze ist. Mit Befremdung haben die durch die Nation und Sr. Majestät zum Reichstage einberufenen und durch das Volk freiwillig gewählten Repräsentanten erfahren, daß am 25. September aus Wien ohne ministerielle Kontrassignation, im Namen Sr. Majestät Manifeste an die Völker Ungarns und an die Armee in Ungarn erlassen wurden, in Folge deren alle Kriegstruppen in Ungarn, und jede bewaffnete Schaar, welcher Art immer, dem Ober-Befehle des Generals Grafen Fr. Lamberg unterworfen sind. Weil diese angebliche Verordnung durch das in Buda-Pest residirende Ministerium nicht unterzeichnet ist, ist dieses Reskript nach dem 3ten Artikel 1848er Gesezes ungültig. Weil Sr. Majestät gemäß dieses Gesezes, welches Sr. Majestät durch das Königl. Wort geheiligt, die exekutive Macht nicht anders als im Sinne der Geseze durch das unabhängige ungarische Ministerium ausüben kann; weil: wenn das Land durch Verordnungen ohne ministerielle Gegenzeichnung regiert, und wenn der Oberbefehl über das Heer im Lande in die Hände eines nicht durch das ungarische Ministerium ernannten Kommandanten gelegt würde, dies so viel hieße, als die unabhängige Regierung Ungarns vernichten, die Konstitution des Landes umstürzen, und die Freiheit der Nation unterdrücken, so erklären die Repräsentanten der Nation, deren Schuldigkeit es ist, die Konstitution des Landes zu wahren, die obbenannten angeblich Königl. Verordnungen, aber ohne Kontrassignirung eines ungarischen

Ministeriums emittirten Verordnungen — wenn diese Schriften auch nicht sündigt wären — für ungesetzlich und ungültig. Dem Grafen Fr. Lamberg wird also hiemit im Namen der Geseze und der Konstitution der Oberbefehl über die Kriegstruppen und jede bewaffnete Schaar in Ungarn verboten. Es wird daher im Namen der Geseze allen Kriegstruppen im Lande und jeder bewaffneten Schaar, Kriegs- und Festungs-Kommandanten, den Offizieren und deren bewaffneten Gemeinen befohlen, daß sie sich nicht unterfangen, den Grafen Fr. Lamberg als ihren Kommandanten anzuerkennen oder seinen Befehlen als solchen zu gehorchen; sondern zufolge ihrer Schuldigkeit gemäß ihres Eides den Gesezen des Landes und der Konstitution treu bleiben mögen. Die Repräsentanten der Nation, sich stützend auf die Geseze und auf den heiligen Eid des Königs — erklären hiermit, wenn Graf Fr. Lamberg sich unterfühde, den Befehl über das Heer im Lande, oder über welche bewaffnete Schaar immer zu übernehmen — alle jene, die im Allgemeinen oder Einzelnen, wenn sie sich erdreisten sollten, ihn als Oberbefehlshaber zu empfangen, und ihn als solchen Gehorsam zu leisten, sie in die Schuld der Verräther der Konstitution und der Nationalfreiheit verfallen. Die Repräsentanten der Nation erklären, daß alle jene Civil- oder Militär-Behörden oder Beamte, welche dazu beitragen, daß erwähntes ungültiges und anti-konstitutionelles und das angekündigte Königl. Reskript vollzogen und verbreitet werde, sich die Schuld der Umwälzung der gesetzlichen Konstitution des Landes aufbürden. Die Repräsentanten der Nation erklären, daß, wie sie sich verpflichtet fühlen, die Verletzung der Landes-Konstitution nicht mit Stillschweigen zu erdulden, erwarten sie auch von der Gesezmäßigkeit der gesammten Nation die unbeschädigte Erhaltung der Landes-Konstitution. Dieser Beschluß ist sogleich durch den Landwehr-Ausschuß (die Sektions-Kommission) des Hauses zu veröffentlichen, auf schnellstem Wege an alle Behörden und besonders an die vor dem wühlerischen Feind stehenden tapferen Heeresstruppen und bewaffneten Schaaeren zu senden, von der Treue zur Konstitution, von deren Tapferkeit es die Repräsentanten des Volkes erwarten, daß sie dieses arme, verrathene ungarische Vaterland von dem angreifenden bewaffneten Feinde durch muthige Siege unverzüglich befreien möge und sich dadurch des glorreichen Namens „Befreier der ungarischen Nation und der gesetzlichen Freiheit“ würdig zeigen. Dem Premier-Minister und dem Landes-Ausschuß wird als Beschluß aufgetragen, daß sie die Vertheidigung des Landes und alle Vertheidigungspunkte desselben der Treue zur Konstitution sichern möge. „Niemand erdreiste sich, anders zu handeln, sonst wird er sich die Last der Konstitutions-Umwälzung zu schulden kommen lassen.“

— Heute Morgen kam Graf Lamberg in Ofen ohne alle Begleitung an. Keine menschliche Seele wußte darum, Sitzung wurde nicht gehalten, denn man vernahm, daß Battthyany einen 24stündigen Waffenstillstand geschlossen, und erwartete daher Nachrichten; hlos in den Vorzimmern und auf dem Altan spazirten einige Deputirte herum, als sich in der inneren Stadt die Nachricht verbreitete, Lamberg sei angekommen. Niemand glaubte daran, besonders da man kein Militär bemerkte, und weil man sich seit gestern ohnehin zugestüstert, Lamberg sei ins Lager gereist, und dies würde unserer guten Sache schaden. Nach kurzer Frist kamen aber Nationalgardisten aus Ofen und erzählten, Lamberg hätte die Offiziere der Nationalgarde zu sich rufen lassen und ihnen angezeigt, von nun an werde er ihnen befehlen. Die Offiziere erklärten einstimmig, sie erkannten ihn nicht an und würden auch seinen Befehlen nicht gehorchen. Diese Nachricht, wie überhaupt die, daß Lamberg in Ofen sei, regte die Gemüther auf, und es fingen an, sich Gruppen zu bilden. Das Volk sammelte sich beim Brückenkopf und der Brückgasse und schrie: „Hinüber nach Ofen, den müssen wir festhalten, damit er uns nicht entkömmt.“ In einem Nu waren Hunderte von Senfemännern, Gärten mit Bajonettwaffen und deutsche Studenten auf dem Plage und zogen in Masse über die Brücke. — In einer kurzen Zeit kamen Viele zurück und brachten die Nachricht, die Festungsthore waren gesperrt, was sich nicht zu bestätigen schien. In Pesth wurde es immer lebhafter, bewaffnete Schaaeren strömten zu, die Kaufäden wurden gesperrt, und die Sache, anfangs so gering, fing an, ernstlich zu werden. Indessen war Lamberg bei Hrabowsky, der sich in nichts einlassen wollte und ihn an das Ministerium wies. Er nahm einen Fiaker und fuhr zum Thore hinaus; wohin er wollte, weiß man noch nicht, ob entfliehen oder nach Pesth, das muß erst ermittelt werden. Geaug, ein bewaffneter Volks-haufe hielt den Fiaker — weil er schnell fuhr — auf, und einer der Bewaffneten erkannte Lamberg trotz seiner Civil-Kleidung. Der Wagen wurde untrig, und etwa 20 Gardisten, die dazu kamen, bewachten ihn und wollten ihn ins Landhaus (Redouts-Gebäude) führen, da drang von der pesther Seite ein starker Volksaufzug gegen den Fiaker, die ganze Masse konnte sich nicht weiter bewegen, das Volk war nicht zu beschwichtigen, denn es drohte auch Jenen, die es beruhigen wollten. Man zog Lamberg aus dem Wagen, und er fiel unter unzähligen Stichen todt nieder. Das Volk sah Blut, und ward noch wilder und nicht mehr im Zaum zu halten. Der verstümmelte Körper wurde in die nahe gelegene Karls-Kaserne gebracht. Viele Deputirte versammelten sich im Sitzungs-saale, wo diese ganze That mißbilligt wurde, wenn die Ernennung Lamberg's auch ungesetzlich war. Es machte auf Alle einen schmerzlichen Eindruck. Die Repräsentanten hatten keine Geduld mehr, viel zu verhandeln, der Präsident fragte nur, ob das Haus den in der Konferenz gefaßten Beschluß auch in der öffentlichen Sitzung anerkenne, da erhoben sich Alle von ihren Sitzen. Der Beschluß ist folgender: In Ermangelung einer Regierung ernennet das Haus die Sechser-Kommission, welcher Battthyany schon vor zwei Wochen in Kriegsangelegenheiten zugetheilt wurde, zur provisorischen Regierung mit unumschränkter, vollkommener Macht. Gegen 3 Uhr (um 2½ Uhr geschah diese That) wurden alle Nationalgardien kon-signirt und Abends, da die Stadt immer mehr in Aufregung kam, die Stadt beleuchtet, damit Unruhen vorgebeugt werde. — Es ist 11 Uhr Nachts; es ist nichts Besonderes vorgefallen. Viele Dokumente und Schriften, welche man bei Lamberg fand, wurden Pazmandy übergeben.

(Allg. Oesterr. 3.)

Pesth, 28. September. Heute wird eine Schlacht geliefert, auf dem Bloßsberge hört man die Kanonade. ½ Uhr Nachmittags. So eben ist ein Kurier eingetroffen, welcher die erfreuliche Nachricht bringt, daß der eine Flügel Jellachich's geschlagen ist. Die Husaren sollen ohne Kommando angegriffen haben. Jellachich soll bereits einen Waffenstillstand begehrt haben.

Wien, 1. Oktober. Wieder durchheilen finstre Gerüchte die Stadt. Morgen solle nämlich ein verschärfter Pressgesetzentwurf und eine das Associationsrecht provisorisch regelnde Verordnung vorgelegt werden, und



Deutschland.

**Dresden, 30. September.** Heute Abend ist auf Veranlassung des hiesigen Appellationsgerichts der Musikdirector A. Köckel, der Verfasser einer Denkschrift: „Die Organisation der Volksbewaffnung in Deutschland,“ und Redakteur der sehr radikalen Volksblätter, wegen Abfassung und Veröffentlichung eines „Offenen Briefes an unsere militärischen Mitbürger“ verhaftet worden, ebenso der Drucker desselben, Hr. Gärtner. Zu längeren ist nicht, daß in dieser Ansprache mehre Stellen vorkommen, welche sich nicht rechtfertigen lassen. Der Fall, als der erste dieser Art bei uns, erregte bei der heutigen Versammlung des Vaterlandsvereins um so mehr Aufregung, als Herr Köckel Ausschußmitglied desselben ist. Die anwesenden Ausschußmitglieder ermahnelten indessen nicht, im wohlverstandenen Interesse der Inhaftirten zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen, welcher Mahnung auch Folge geleistet wurde. Gleichzeitig hat der Ausschuß die Angelegenheit kräftig in die Hände genommen und sofort den Inhaftirten juristischen Beistand beschafft. Der Drucker wird wahrscheinlich heute Abend noch freigelassen werden und Hr. Köckel hofft man morgen seiner Haft entledigt zu sehen. Uebrigens mag nicht unerwähnt bleiben, daß jene Ansprache nicht sowohl an unser Militär, sondern an die Berliner Garnison gerichtet gewesen ist, wie sich aus den auf dem hiesigen Postamt angestellten Recherchen auch erwiesen haben soll. (D. A. 3.)

**Altenburg, 30. September.** Einlassen oder Nichteinlassen, das ist die Frage, um die sich gegenwärtig hier Alles dreht. Bekanntlich soll auch in unserm Herzogthum ein ständiges Lager zusammengezogen werden. Altenburg und die Umgegend wird zunächst von sächsischem Militär besetzt werden, die Stadt allein zwei Bataillone Infanterie und eine Batterie Geschütz erhalten, und Generalstabsquartier werden. Erklärlicherweise mußte diese Maßregel die höchste Aufregung hervorrufen. Der nächste Schritt, den die hiesigen Volksführer in der Angelegenheit thaten, war ein durch sie veranlaßter Protest des Landtags an die National-Versammlung zu Frankfurt gegen die militärische Besetzung des Landes. Darauf ward in einer außerordentlich zahlreich besuchten Sitzung des Vaterlandsvereins die Angelegenheit weiter besprochen. Nachdem sich manche Stimmen für eine gewaltsame Abwehr der militärischen Einlage ausgesprochen hatten, wurde von Herrn Pelz auf die Unzulänglichkeit der militärischen Gewalt entgegenzustellenden Macht hingewiesen, worauf Hr. Erbe dringend von jeder Gewaltmaßregel abrieth und den einquartirten Truppen mit Freundlichkeit entgegenzukommen empfahl, indem er hervorhob, daß man auf sie mit der Macht des Wortes einzuwirken suchen müsse. Gestern Nachmittag ward in dieser Angelegenheit eine Bürgerversammlung gehalten, die durch Deputation mit dem Stadtrath in Unterhandlung trat, theils um eine höhere Entschädigung für den einquartirten Soldaten — dem Vernehmen nach soll für den Mann täglich 5 Sgr. gezahlt werden, — theils die Zusicherung der Vorauszahlung zu beanspruchen. Der Stadtrath wendete sich deshalb an das Ministerium, durch das sofort diesfällige Verhandlungen mit dem sächsischen Ministerium angeknüpft worden sein sollen. Uebrigens machte sich auch gestern noch hin und wieder die Meinung geltend, man müsse mit Gewalt gegen den Einmarsch des Militärs auftreten; es wurde wieder vom Barricadenbau gesprochen, falls die verlangten Bedingungen nicht zugesichert würden. Bemerkenswerth war der Umstand, daß gewiss die Hälfte der Versammlung aus Soldaten bestand, die nach der getroffenen Anordnung ganz frei von Einquartierung bleiben werden. Im Allgemeinen glaubt man, daß der Einmarsch ruhig vorübergehen werde; der Kern der Bürgerschaft scheint aus verschiedenen Gründen mit demselben nicht unzufrieden zu sein. Das Thörichte eines gewaltsamen Widerstandes leuchtet auch zu deutlich ein.

**Altenburg, 1. Oktober.** Während die Bürger mit Widerwillen der Einquartierung entgegensehen, indem sie nicht begreifen können und wollen, wie nöthig uns für den Winter zuverlässiger militärischer Schutz sein wird, so hat sich unter unsern Proletariern und unter einer nicht unbedeutenden Anzahl junger Leute, Handwerksgelesen u. immer noch der Gedanke festgesetzt, mit Gewalt dem Einmarsch der sächsischen Truppen

zu begegnen. Zwar suchen die Volksführer ernstlich zur Ruhe zu mahnen, allein einmal lassen sich die Gemüther nicht mehr so leiten wie früher, und dann regen sie selbst und ihre Genossen durch Ausstreuen der unsinnigsten Gerüchte immer von neuem an. Ein Theil der einberufenen Beurlaubten unsers Bataillons will nicht in die Kaserne, ein anderer Theil der Soldaten, durch die Volksversammlungen und sonst demoralisirt, will angeblich gegen den Ausmarsch protestiren und man spricht hier von einem gleichen Protest der mit hieher bestimmten Weimarerer, und so leben wir von Tag zu Tag, bis endlich die Sachsen kommen werden, in der größten Spannung. (D. A. 3.)

**München, 28. September.** Man liest in heutigen Morgenblättern, daß der Redakteur des „Vorwärts“, Candidat Sensburg, desgleichen zwei Brüder Wagner von hier, deren Einer früher Kommandant des Studentenfreicorps war, während der Andere mit gutem Geschick und energischem Uebergewichte den Bauhofklub während sehr stürmischer Zeiten geleitet hat, in den Nachmittags- und Abendstunden aufgebracht worden seien. Beide Brüder sind Söhne eines reichen Bürgers dahier und Rechtskandidaten. Der verhaftete Emil Koller ist Herausgeber der Reichthügeln und Inhaber eines lithographischen und xylographischen Geschäfts. Gestern ging das Gerücht, die Verhaftungen seien zum Theil in barbarischer Weise vollzogen worden. Allerdings soll der Künstler Schmolze mit gebundenen Händen durch die Straßen nach der Frohnveste geführt worden sein, was doppelt auffallen muß, da derselbe Oberlieutenant im Freicorps der Künstler ist. Man hört jedoch, derselbe habe sich seiner Verhaftung bis zur Gewaltanwendung widersetzt. Nach Abführung der Verhafteten durch Gendarmen erschienen erst die verschiedenen Beamten, jedoch meistens auch wieder unter Gendarmenbegleitung, um in den betreffenden Wohnungen die Papiere zu untersuchen, zu versiegeln u. s. w. Für den Abend besüßte man allgemein Unruhe in der Stadt, um so mehr, als ein Plakat des demokratischen Vereins, in welchem das Volk zur Ruhe ermahnt wurde, durch seinen übrigen Inhalt aber eher einen Aufruf zum Zugreifen zu enthalten schien. Allerdings versammelten sich von nach 5 Uhr an auch sehr zahlreiche Gruppen von Theilnehmenden, Besorgten und Schaulustigen, aber nirgend fiel auch nur die mindeste Ordnungsförderung vor, was am Ende doch wohl der guten Einwirkung obigen Plakats beigemessen werden muß. Militär, Landwehr und Freicorps wurden in starken Abtheilungen in Bereitschaft gehalten. Inzwischen hatte sich ein Theil des Künstlerfreicorps nicht abhalten lassen, auf die bekannte Menterschwaige zu ziehen und dort ein Vogelschießen abzuhalten — freilich nicht in allseitiger Lustigkeit. (D. A. 3.)

— Aus Stuttgart vom 28. September berichtet der Schwäbische Merkur: Der heutige Tag des Volksfestes in Rastatt ist ganz ruhig angebrochen und wird hoffentlich ebenso vorübergehen. Man erkaunt hier, durch auswärtige Blätter und durch ankommende Fremde zu erfahren, wie stürmisch es in Stuttgart hergehe, denn hier weiß man nichts davon. Allerdings ist an vielen Orten darauf hingearbeitet worden, für den heutigen Tag große bewaffnete Züge nach Stuttgart und Rastatt zu veranstalten; da aber die Schilderhebung Raus in Rottweil vereinzelt stand und mißglückt ist, so wird wohl die Besonnenheit auch bei andern Züglern die Oberhand gewinnen. Indessen sind kräftige Vorkehrungen getroffen, um für jeden Fall zu sorgen. Von hier aus sind heute früh starke Streifpatrouillen in die ganze Umgegend gezogen, und nach Rastatt und dessen Nachbarschaft sind drei Bataillone Fußvolk, vier Kanonen und eine Abtheilung der Garde zu Pferd abgegangen. — Aus Rottweil vom 27. Septbr. erfahren wir, daß Spöden die von Rastatt und Genossen verführten Mannschaften in die Stadt zurückkehrten. Es ist ein Glück zu nennen, daß schon in Balingen es sich klar herausstellte, daß alle Vorpiegelungen von allgemeiner Schilderhebung grobes Lügenwerk und unverantwortliches Spiel mit der Leichtgläubigkeit der Masse waren. Rastatt und seine zwei bis drei Adjutanten haben von Balingen aus einen andern Weg als hieher eingeschlagen, worüber die Mittheilungen verschieden lauten. (Einem Bericht aus Oberndorf vom 27. September, Abends 7 Uhr, zufolge soll Rastatt sich in Sulz befinden.) (D. A. 3.)

Wenn schon wir nicht daran gezweifelt haben, daß in Verfolg der in diesen Blättern ausgesprochenen Bitte uns für die abgebrannten Pflöwener Einwohner milde Gaben zugehen würden, so konnten wir doch nimmer glauben, daß in einer aufgeregten und geldarmen Zeit, die Gemüth und Sorge für den eigenen Heerd genugsam in Anspruch nimmt, die Gaben der Liebe so reichlich fließen würden, denn abgesehen von Lebensmitteln, Korn und sehr vielem Zeuge, welches mitunter noch ganz neu war, sind uns in runder Summe „Dreihundert und dreizehn Thaler“ zugegangen, die wir nach Bedürfnis vertheilten. Selbstredend ist hierdurch manche Thräne getrocknet, bei manchem Unglücklichen der Verzweiflung gewehrt, und indem wir den hochherzigen Gebern, deren Namen zu nennen uns, größtentheils wenigstens, nicht einmal vergönnt ist, hiermit unsern wärmsten Dank sagen, möge sie das Bewußtsein, Etwas im hohen Grade gemildert zu haben, reichlich lohnen.

Stettin, den 4ten Oktober 1848.

Delgarte, Dr. Löwe, v. Ramin, Kreis-Deputirter und Superintendent, Landkassens-Rath.

In die unterste (ste) Klasse der städtischen höheren Töchterschule können zu Michaelis noch einige Kinder aufgenommen werden. Die Kleineren in dieser Klasse, in der Regel nicht über 15 Kinder, erhalten täglich nur 3 Stunden Unterricht, von 9—12 Uhr, einschließlich einer halben Stunde, in welcher sie bei gutem Wetter unter Aufsicht einer Lehrerin spielen. Es wird nicht gewünscht, daß diese Kinder schon Vorkenntnisse

im Schreiben, Buchstabiren oder Lautiren mitbringen. Das Schulgeld beträgt monatlich 1 Thlr. Anmeldungen erbittet der Direktor Wilde, Rosengarten No. 277.

Da die Schule in allen übrigen Klassen besetzt (nicht überfüllt) ist, so ist auf Aufnahme junger Mädchen in die Anstalt überhaupt nur mit Scharfheit zu rechnen, wenn die Kinder sogleich mit dem 6ten Lebensjahre ihr überwiesen werden. Die Direktion der städtischen höheren Töchterschule.

**Officielle Bekanntmachungen.**

**Bekanntmachung.**

Die Lieferung der Verpflegungsgegenstände für die Gefangenen der hiesigen Strafanstalt für die drei ersten Quartale k. J., bestehend in:

- 175 Mispel Roggen,
- 3 Mispel Gerste,
- 114 Etr. Hafersgrütze,
- 3 Etr. feine Graupen,
- 110 Etr. weiße Bohnen,
- 2 Etr. Buchweizen-Grütze,
- 3700 Scheffel Erdbeifeln,
- 48 Etr. Schmalz,
- 24 Mispel Erbsen,
- 123 Etr. Gerstenmehl,
- 58 Etr. ordinaire Graupen,
- 45 Etr. Linsen,
- 4 Etr. Weizenmehl,
- 2 Etr. Carol. Reis,

- 67 Etr. Butter,
- und außerdem:
- 1000 Pfd. Sohl-Leber,
- 500 Pfd. Mils-Leber,
- 72 Schock Roggenstroh,
- 550 Pfd. Zahl-Leber,
- 40 Etr. raffinirtes Rübböl,
- 500 Tonnen Schmiedehöfen, und
- 2280 Stück Besen, soll

am 23ten Oktober c., Vormittags 10 Uhr, in dem Geschäftszimmer der Anstalt im Wege der Licitation an den Mindestfordernden ausgeteilt werden, wozu ich Lieferungsgeneigte mit dem Bemerkten einlade, daß die zum Grunde gelegten Bedingungen im Termine selbst werden näher bekannt gemacht werden. Raugard, den 30ten September 1848. Der Direktor der Königl. Straf- und Besserungs-Anstalt. Schnugel.

**Bekanntmachung.**

Die bei der städtischen Verwaltung vorkommenden Bau- und Wirthschaftsführen sollen vom 1sten Januar 1849 ab anderweitig auf 3 Jahre dem Mindestfordernden überlassen werden.

Termin zur Entgegennahme der Forderungen steht im Rathssaal den 5ten Oktober c., Vormittags um 11 Uhr, an. Stettin, den 18ten September 1848.

Die Oekonomie-Deputation des Magistrats.

**Bekanntmachung.**

Von dem auf dem Rathsholzhofe stehenden Asten

